Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingesandt 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 5 | Sonnabend, 8. Januar | 1921

Verhandlungen der Landtagsfraktionen mit den Erwerbslosen.

Zur Ergänzung unseres gestrigen Berichts über die stürmisch verlaufene Landtagssitzung sei auf den ausführlichen Bericht in der heutigen Landtagsbeilage verwiesen. Aus diesem geht hervor, daß es die Kammer zwar abgelehnt hat, die Deputation der Erwerbslosen im Plenum zu hören, daß aber sofort ein Ausschuß, bestehend aus je einem Mitglied aller Fraktionen, einschließlich der Kommunisten, gebildet worden ist, der mit der Deputation der Erwerbslosen auch sofort verhandelt hat.

Über den Gang der Verhandlungen wird uns von beteiligter Seite folgendes mitgeteilt:

Den Vorsitz im Ausschuß führte Abg. Fellisch (Soz.). Er führte aus, daß die Fraktionen durch ihre Vertreter bereit seien, die Wünsche der Erwerbslosen entgegenzunehmen, daß Erklärungen und Zusicherungen ohne Rücksprache mit den Fraktionen aber nicht gegeben werden könnten. Der Führer der Erwerbslosen, der Dresdner Frenzel, berichtete darauf über die Notlage der Erwerbslosen und begründete die Forderungen, wie sie in dem kommunistischen Antrag enthalten sind. Andere Redner beschwerten sich über die Schikanen der heutigen Kontrolle, die durch weite Wege erschwert werde. Ein Redner behauptete, daß eine Delegation, die von auswärts gekommen sei, bereits am Bischofsweg auseinandergetrieben worden wäre. Von den Abgeordneten wurden einige Fragen gestellt über die Höhe der Unterstützungen und über die Häufigkeit der Kontrolle. Es wurde der Deputation zugesichert, daß am Dienstag die Angelegenheit in der Kammer eingehend und sachlich besprochen werden solle. Damit war die Deputation der Erwerbslosen einverstanden. Die Besprechung verlief ohne jeden Zwischenfall. Irgendwelcher Beschluß wurde nicht gefaßt.

Wirtschaftsfragen.

Dresden, 7. Januar. Heute mittag fand im Ständehause eine vom Kommerzienrat Stecher-Freiberg und Direktor Weber-Leipzig einberufene Sitzung des demokratischen volkswirtschaftlichen Landesausschusses für Handel und Industrie statt. Auf der Tagesordnung stehen Steuerfragen sowie die Aufhebung der Demobilmachungsvorschriften, besonders der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen.

Annahme von Kriegsanleihe auf das Reichsnotopfer.

(N.) Bekanntlich dürfen bei Hingabe von Reichsanleihe auf das Reichsnotopfer solche Zinsscheine nicht mit eingeliefert werden, die bereits fällig gewesen sind. Nachdem nunmehr auch die Zinsscheine vom 2. Januar 1921 fällig geworden sind, müssen sie künftig von den Annahmestellen zurückgewiesen werden. Eine besondere Ausnahme ist vom Reichsfinanzministerium für diejenigen Fälle bewilligt worden, in denen eine Bank bereits vor dem 31. Dezember 1920 den Auftrag zur Ablieferung der Kriegsanleihe an eine Annahmestelle erhalten hatte und hierüber eine Bescheinigung ausgestellt hat. In allen anderen Fällen aber, insbesondere also auch dann, wenn zwar die Bank vor dem 31. Dezember 1920 eine Zeichnungsbescheinigung ausgestellt hat, aber der Kunde die Einlieferung selbst bewirkt und dies erst nach dem 2. Januar 1921 tut, muß der am 2. Januar fällig gewesene Zinsschein zurückgegeben werden und unterliegt der Kapitalertragsteuer.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet.

Essen, 6. Januar. Da die gesamte Kohlenförderung im Ruhrgebiet im Jahre 1920 bis Ende Dezember 80 Mill. t betragen hat, so ist die Gesamtjahresförderung auf etwa 88 Mill. t zu veranschlagen. Im Vergleich zum Jahre 1913 ist somit eine Minderförderung von etwa 26½ Mill. t zu verzeichnen, obwohl sich die Belegschaft um fast 100 000 Mann vermehrt hat.

Die künftige Politik Amerikas.

Hardings Programm.

DA. Paris, 6. Januar.

Der Präsident der Columbia-Universität, Dr. Nicholas Murray Butler, übersendet dem „Matin" ein längeres Schreiben, in dem er das künftige Programm Hardings entwickelt, soweit es sich ihm auf Grund gründlicher Aussprache mit dem künftigen Präsidenten darstellt. Es heißt in dem sehr bemerkenswerten Schreiben u. a.: Die internationale Zusammenarbeit kann nur zwei Formen annehmen: eine politische oder eine rechtliche. Juristische Zusammenarbeit nenne ich diejenige, die darin besteht, gemeinsam die internationalen Gesetze aufzustellen, abzuändern und durchzuführen. An dieser Art des Zusammenarbeitens wollen Regierung und Volk der Vereinigten Staaten kraft der Tradition und der Tatsachen gerne teilnehmen. Unseligerweise hat der Einfluß des Präsidenten Wilson auf der Friedenskonferenz ganz und gar dahin gewirkt, der Zusammenarbeit nicht die Rechtsform, sondern der amerikanischen Hilfe die politische Form zu geben. Nun führt aber die politische Zusammenarbeit rasch dazu, eine „Überregierung" zu schaffen, die alle freien und unabhängigen Nationen fürchten und verabscheuen. Unsere ganze Anstrengung wird sich also darauf zu richten haben, mit der größten Schnelligkeit und mit dem geringsten Maß an Reibung auf den rechten Weg wieder zurückzukommen. Die erhöhten Kosten der Lebenshaltung sind vor allen Dingen den erhöhten Kosten der Regierungsmaschinerie zu verdanken, und die erhöhten Kosten der Regierungsmaschinerie hinwiederum entstehen ganz allgemein aus der Furcht vor einem neuen internationalen Kriege. Diese Befürchtung aus der Welt zu schaffen, ist für das Volk der Vereinigten Staaten zugleich eine Gelegenheit und eine Verpflichtung. Wir können es tun, ohne uns in die Helfershelferschaft und alle Komplikationen des Völkerbundes, so wie er gegenwärtig funktioniert, hineinziehen zu lassen, und ohne die Vorteile einer engen internationalen Zusammenarbeit zu verlieren. Nur muß in dieser Hinsicht das Marineprogramm unseres gegenwärtigen Staatssekretärs für die Marine, Daniels, als ein beklagenswertes und kostspieliges Spiel angesehen werden. Sollte jemals dieses Programm zur Durchführung gebracht werden, so müßten wir als eine Nation von Narren gelten.

Die Stellungnahme Amerikas zur Entwaffnungsfrage.

Paris, 7. Januar. Die Radioagentur veröffentlicht folgende Depesche aus Washington: Die Regierung der Vereinigten Staaten prüft augenblicklich, welche Stellung sie offiziell einnehmen wird angesichts des Verlangens der französischen Regierung, von Deutschland die strikte Durchführung der in Spa vereinbarten Entwaffnungsklauseln zu fordern. Das Staatsdepartement habe seine Ansicht über eine eventuelle Besetzung des Ruhrgebietes zu erkennen gegeben. Der Standpunkt der Vereinigten Staaten scheine über diesen Gegenstand der zu sein, daß Deutschland in dem Maße, wie es die Umstände ihm gestatten, abrüste, und daß es gut sei, ihm eine neue Frist zu gewähren.

Botschaft des Königs der Hellenen an die griechische Kammer.

Athen, 7. Januar. In einer Botschaft an die Kammer spricht König Konstantin von der tiefen Dankbarkeit, die das gesamte Griechentum den Verbündeten für ihre Unterstützung schulde. Die Botschaft spricht dann von den für die Entwicklung des Landes notwendigen inneren Reformen und drückt die Überzeugung aus, daß der Hellenismus mit Begeisterung und großer Sicherheit den Kampf in Kleinasien durchführen werde. Der Hellenismus sei fest entschlossen, loyal mit den verbündeten Mächten zusammen zu arbeiten, um ihr Vertrauen zu gewinnen und bessere Beziehungen zu ihnen herbeizuführen. Weiter behandelt die Botschaft die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Serbien und die Heiratspläne, welche die Herrscherfamilien in Griechenland und Rumänien eng miteinander verbinden sollen. Sie erfleht schließlich den Segen des Himmels zum Gelingen der Aufgaben, die der König sich gesetzt habe.

Antibolschewistische Bewegung im Kaukasus.

Tiflis, 7. Januar. Hierher gelangte Meldungen berichten, daß sich in den östlichen und nördlichen Bergen eine antibolschewistische Bewegung geltend mache. Sie soll den Bolschewisten bereits 4000 Tote, 100 Maschinengewehre und 6 Kanonen gekostet haben.

Die Reichsvertretung in Bukarest und Athen.

Berlin, 7. Januar. Nach Bukarest wird vorläufig nur ein einstweiliger Geschäftsträger, und zwar der bisherige Referent für Balkansachen im Auswärtigen Amte Wirkl. Legationsrat Freytag entsandt werden. Auch nach Athen wird vorläufig nur ein Geschäftsträger geschickt.

Riga—Berlin.

Memel, 7. Januar. Ein unmittelbarer Eisenbahnverkehr Riga—Berlin wird demnächst eröffnet werden. In Kowno trafen deutsche Bevollmächtigte mit einer lettischen Kommission zwecks Abschlusses eines Eisenbahnübereinkommens zusammen.

Die französischen Saargruben.

DA. Saarbrücken, 6. Januar.

Die Übergabe der bisherigen bayerischen Staatsgruben St. Ingbert und Mittelbexbach an den französischen Staat ist nunmehr abgeschlossen. Zur Erledigung der Arbeiten war eine eigene Abwicklungsstelle in Homburg eingerichtet worden, deren Tätigkeit die bayerische Staatsregierung mit Jahresschluß eingestellt hat.

Die Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland.

Warschau, 6. Januar. (Havas.) Im Gegensatz zu anderweitigen pessimistischen Gerüchten hat man in Warschau den Eindruck, daß die in Riga fortgeführten Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland in kurzer Zeit zum Abschlusse gelangen werden und der Frieden in der zweiten Hälfte des Monats Januar geschlossen werden könnte. Das Demissionsgesuch des Vizepräsidenten des Ministerrates Daszynski ist angenommen worden.

Die katastrophale Wirtschaftslage Polens.

Berlin, 7. Januar. Die „Germania" entwirft auf Grund der Äußerungen polnischer Blätter der verschiedensten Richtungen ein anschauliches Bild über die katastrophale Wirtschaftslage Polens. Wöchentlich können auf den Kopf schon lange nur noch zwei Pfund Brot verteilt werden. Ein Laib Brot kostete am 27. v. M. in Warschau 150 M., ein kleines Brötchen 20 M. In Krakau kostete nach Beschluß des Stadtrates am 28. v. M. ein Kubikmeter Gas 10 M. Nach der Warschauer „Rzeczpospolita" vom 22. v. M. kostete ein Kilogramm Baumwolle 1000 M., ein Dutzend Strümpfe 25 000 bis 40 000 M., ein Pfund Sohlenleder 3400 M.

Augusto Ciuffelli †

Rom, 6. Januar. Der Vizepräsident der Kammer und frühere Minister Augusto Ciuffelli ist gestorben.

Augusto Ciuffelli, der ein Alter von fast 75 Jahren erreicht hat, begann seine staatsmännische Laufbahn als Unterstaatssekretär in einem Kabinett Giolitti, war Minister im Kabinett Luzzatti von 1910 und gehörte der vor zwölf Jahren gegründeten demokratisch-konstitutionellen Partei an, die ihn 1914 in das Kabinett Salandra entsandte, aus dem er zwei Jahre später austrat, um Zivilkommissar für das Adriagebiet zu werden. Er machte aus seiner Österreich wenig freundlichen Gesinnung nie ein Hehl.

Wiederherstellung von Dampfern.

London, 6. Januar. Nach einem Brüsseler Telegramm meldet „Daily Mail" aus New York, die United States Mail Steamship-Company habe mit deutschen Werften einen Vertrag abgeschlossen über Wiederherstellungsarbeiten an früheren deutschen Dampfern im Betrage von 35 Millionen Dollar.

Die Konzessionen in Sowjetrußland.

DA. Moskau, 6. Januar.

In einer Unterredung mit Vertretern der ausländischen Presse äußerte Vizepräsident und Mitglied des Obersten Rates der Volkswirtschaft, Lomow, sich folgendermaßen über die Konzessionen: Besonderes Interesse für Westeuropa hat gegenwärtig die Konzessionsfrage. Sowjetrußland ist bestrebt, die normalen wirtschaftlichen Beziehungen mit Westeuropa wieder herzustellen. Wir sind davon überzeugt, daß wir imstande sind, dem verwüsteten Europa, das zum großen Teil seiner Rohprodukte verlustig gegangen ist, diese aus erster Hand zu liefern. Sowjetrußland ist so reich an Vorräten, daß es diese aus Mangel an Maschinen und Vorrichtungen nicht in vollem Umfange ausnützen kann. Ist uns an der Wiederherstellung normaler Beziehungen mit Westeuropa gelegen, so liegt dies ebenso im Interesse des Westens. Hätten wir keinen Bürgerkrieg, so genügten unsere eigenen Kräfte, um unsere Wirtschaft wieder hochzubringen, wie dies die erfolgreiche Arbeit im Donez-Bassin beweist, wo die Produktivität schon gegenwärtig eine starke Steigerung erfahren hat. Allein, es ist unsere Überzeugung, daß dieser Prozeß immer noch zu langsam sich entwickelt, und so liegt sowohl uns, wie Westeuropa dessen Beschleunigung sehr am Herzen. Die Ereignisse unserer Revolution haben bewirkt, daß das ausländische Kapital uns nicht sonderlich vertraut, da es von der Vergesellschaftung unserer Wirtschaft sozialistische Maßnahmen befürchtet. In dieser Beziehung ist im Dekret des Rates der Volkskommissare über die Konzessionen sicherste Gewähr dafür geboten, daß die Unternehmungen der Konzessionäre weder nationalisiert, noch sequestriert, noch konfisziert werden. Diese Gewähr genau und ohne Einschränkung durchzuführen, ist die Sowjetregierung fest entschlossen, solange die ausländischen Verträge und Beziehungen bestehen. Beiderseits werden dabei auch wirtschaftliche Ziele ins Auge gefaßt, da Westeuropa seinen Mangel an Rohprodukten und zum Teil auch, was für Sowjetrußland besonders wünschenswert wäre, an Fabrikationswaren decken könnte; Sowjetrußland wiederum hätte den Vorteil, daß eine ganze Reihe Ortschaften zu neuem Leben erweckt würden und Industriezweige entwickelt würden, die andernfalls verkümmern müßten. Amerikanischer, englischer und deutscher Unternehmungsgeist würde es verstehen, diese Ortschaften aus ihrem Schlummer aufzurütteln, was für uns von großer Bedeutung wäre. Für Europa wäre bei seinem Rückgang des Kohlen- und Metallgewinnes um 50 Proz. und 30 Proz. der Zugang zu den Reichtümern Rußlands ein befreiender Ausweg und würde den wirtschaftlichen Aufbau, der jetzt noch infolge des Mangels an Rohprodukten nur langsam von statten geht, in hervorragender Weise fördern. Die Kapitalisten verschiedener Länder gewinnen die Möglichkeit, ihr Vermögen günstig anzulegen, wobei der Gewinn verschiedener Unternehmungsgebiete verschieden ist.

Auf die Frage, wo die konzessionierten Kapitale angewandt werden sollten, antwortete Lomow: Zuallererst dort, wo unserer eigenen Arbeit die meisten Schwierigkeiten entgegenstehen, wie z. B. in den weitentlegenen Randgebieten Kamtschatka, den ungeheuren Waldgebieten der Flüsse Ob, Jenissei und Irtysch, in den an Erzen und Metallen reichen Ebenen Sibiriens usw. Je höher die Technik der Produktion, desto höher die Gewinne der ausländischen Kapitalisten. Wir sind bereit, eine Verbilligung und gleichzeitig Verbesserung der Produktion durch eine höhere Bezahlung der Kapitalisten zu kompensieren.

Auf die neue Frage, welche Konzessionen für die nächste Zeit vergeben und vorgeschlagen werden sollen, antwortete Lomow: Vorläufig sind noch keine Konzessionen unterschrieben und abgeschlossen. Vorhanden sind lediglich ausgearbeitete und fast abgeschlossene Projekte einiger Konzessionen. Unserseits ist alles getan worden, um diese Projekte zu Tatsachen umzuwandeln. Bis jetzt sind folgende Verträge beabsichtigt: Die Konzession mit dem amerikanischen Bürger Goldstone über Einrichtung von Fabriken zur Herstellung von Gerbstoffen aus der Pflanze „Badak" im Ust—Kamenogorskschen Rayon des Akmolinschen Gebietes in Sibirien. In dieser Konzession wird ein Gebiet von ungefähr